

Die ZPO-Klausur

Eine Anleitung zur Lösung von Fällen aus dem
Erkenntnisverfahren und der Zwangsvollstreckung

Hinweise zur Bearbeitung der Hauptprobleme
des Zivilprozessrechts

von

Ekkehard Schumann

Dr. jur. Dr. jur. h.c. (Athen)
Professor an der Universität Regensburg

3. neu bearbeitete Auflage



Verlag C.H. Beck München 2006

Inhaltsverzeichnis

§ 1. Einleitung	1
I. Die „spröde“ Materie.Zivilprozeßrecht	1
II. Das Pflichtfach Zivilprozeßrecht	1
III. Hilfsmittel	2
IV. Zur Funktion der Fußnoten	2

1. Teil. Klausurarten und Bearbeitungstechnik

§ 2. Allgemeine Arbeitshinweise für den Prozeßrechtsfall	3
I. Der Bearbeitervermerk	3
II. Stoff- oder Merkzettel	4
III. Das Markieren des Aufgabentextes	5
IV. Die Prozeßskizze („Prozeßzeichnung“)	5
V. Die Zeittabelle (Reihenfolge der Ereignisse)	6
VI. Die Konzepterarbeitung	6
VII. Die Gestaltung des Konzepts	7
VIII. Die Reinschrift	8
IX. „Technische“ Ausrüstung	9

§ 3. Die Klausurarten	10
I. Die Anwaltsklausur	11
II. Die Richterklausur	13
III. Der Rechtsmittelfall (Rechtsbehelfsfall)	14
IV. Der Rechtslagenfall	15
V. Der Kautelarfall	16
VI. Die gemischte Klausur	17

§ 4. Die Bearbeitungstechnik prozessualer Fälle	19
I. Die Sachverhaltsproblematik	19
II. Die Dauer des Prozesses	22
III. Prozessuale Überholung	23
IV. Das Weiterverfolgen der Aufgabe in die Zukunft	24
V. Das Prinzip prozeßordnungsgemäßen Verhaltens	27
VI. Die-Klausurtaktik bei kontroversen Meinungen	27
VII. Das Verbot des historischen Aufbaus	28
VIII. Die Beachtung prozessualer Regelungen in Sondergesetzen ...	29

2. Teil. Hinweise zur Bearbeitung der Hauptprobleme des Erkenntnisverfahrens

§ 5. Der Einfluß der Sachprobleme auf die Klausurmethodik	31
---	----

1. Kapitel. Antragsgrundsatz und Dispositionsmaxime

§ 6. Die Bedeutung des Klageantrags	31
---	----

§ 7. „Wo kein Kläger, da kein Richter“	32
--	----

§ 8. „Ne eat iudex ultra petita partium“: § 308 I ZPO	33
---	----

I. § 308 ZPO in der Anwaltsklausur	33
--	----

II. § 308 ZPO in der Richterklatur	34
--	----

§ 9. Grenzen des Antragsgrundsatzes	37
---	----

I. Kostenentscheidung, vorläufige Vollstreckbarkeit	37
---	----

II. § 308 a ZPO – Soziales Mietprozeßrecht	37
--	----

III. § 623 I 3 und III ZPO – Scheidungsprozeß	38
---	----

§ 10. Sonderformen des Antrags	38
--------------------------------------	----

I. Die Stufenklage	38
--------------------------	----

II. Der unbezifferte Klageantrag	39
--	----

III. Haupt- und Hilfsantrag (Prinzipal- und Eventualantrag)	39
---	----

2. Kapitel. Klagearten

§ 11. Die Klagearten und ihre Bedeutung	41
---	----

I. Die Leistungsklage	42
-----------------------------	----

II. Die Feststellungsklage	43
----------------------------------	----

III. Die Gestaltungsklage	45
---------------------------------	----

§ 12. Klageart und Vollstreckbarkeit	47
--	----

3. Kapitel. Der Gegenstand des Rechtsstreits: Der Streitgegenstand

§ 13. Die fünf Bedeutungen des Streitgegenstands	49
--	----

I. Die erste Bedeutung des Streitgegenstands: für Rechtsweg und Zuständigkeit	49
--	----

II. Die zweite Bedeutung des Streitgegenstands: für die Rechts- hängigkeit	49
---	----

III. Die dritte Bedeutung des Streitgegenstands: für die Klageänderung	50
IV. Die vierte Bedeutung des Streitgegenstands: für die Anspruchshäufung (Klagenhäufung)	50
V. Die fünfte Bedeutung des Streitgegenstands: für die materielle Rechtskraft	51
§ 14. Der uneinheitliche Sprachgebrauch beim Streitgegenstand der ZPO	52
§ 15. Der Streitgegenstand als prozessualer Anspruch	52
§ 16. Der Streit um den Streitgegenstand	53
I. Streitgegenstand als Schlüsselbegriff	53
II. Extremfälle	54
III. Problemfälle	54
§ 17. Die Klausurtaktik beim ein- und beim zweigliedrigen Streitgegenstandsbegriff	56

4. Kapitel. Die Prozeßparteien

§ 18. Die Trennung von Streitgegenstand und Prozeßpartei	58
§ 19. Wer ist Partei?	59
§ 20. Die unrichtige Parteibezeichnung	59
§ 21. Partei ist nicht gleichzusetzen mit Parteifähigkeit	60
§ 22. Der „formelle“ Parteibegriff	60
I. „Formelle“ – „materielle“ Gesichtspunkte	60
II. In der Richterklausur	61
III. In der Anwaltsklausur	61

5. Kapitel. Die Mehrheit von Parteien: Die Streitgenossenschaft.

§ 23. Der Begriff der Streitgenossenschaft	63
§ 24. Der Grundsatz der Trennung der einzelnen Prozeßrechtsverhältnisse (Trennungsgrundsatz)	63
Fünf Arbeitshinweise	
§ 25. Die notwendige Streitgenossenschaft	64
I. Zwang zu gemeinsamer Klage von mehreren oder gegen mehrere (2. Alternative des § 62 I ZPO) – Verbot der Einzelklage ..	64

II. Notwendig einheitliche Sachentscheidung für den Fall einer Streitgenossenschaft (1. Alternative des § 62 I ZPO)	66
---	----

6. Kapitel. Streitverkündung, Nebenintervention

§ 26. Die Beteiligung Dritter durch Streitverkündung oder Nebenintervention	68
I. Streitverkündung	68
II. Nebenintervention (Streithilfe)	71

7. Kapitel. Rechtsweg

§ 27. Rechtsweg	73
I. Die Vielzahl der Rechtswege	73
II. Welcher Rechtsweg?	73
III. Bei der Rechtswegprüfung gibt es drei Fehlerquellen	74

8. Kapitel. Verfahrensarten

§ 28. Die Verfahrensarten und das Prinzip der Verfahrenskonkurrenz	76
§ 29. Einstweiliger Rechtsschutz	76
§ 30. Prozeßkostenhilfe	80
§ 31. Das Mahnverfahren	81
I. Zuständigkeit für den Erlaß des Mahnbescheids	82
II. Verfahren	83
III. Widerspruch gegen den Mahnbescheid	83
IV. Vollstreckungsbescheid	84
V. Der Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid	84
§ 32. Besondere Verfahrensarten	85
I. Der Urkunden- und Wechselprozeß	85
II. Die besonderen Verfahren des Sechsten Buches der ZPO	86

9. Kapitel. Klageerhebung und Vorbereitung des Haupttermins

§ 33. Klage und Vorbereitung des Haupttermins	87
I. Die Klageschrift	87
II. Klageerhebung im laufenden Prozeß	89
III. Früher erster Termin oder schriftliches Vorverfahren als Vorbereitung des Haupttermins	89

§ 34. Der frühe erste Termin	90
I. Güteverhandlung	90
II. Mündliche Verhandlung	90
§ 35. Das schriftliche Vorverfahren	92
§ 36. Klausurprobleme	94

10. Kapitel. Die Sachurteilsvoraussetzungen

1. Unterkapitel. Einführung

§ 37. Sachurteilsvoraussetzungen und Klausurschema	96
§ 38. Die Sachurteilsvoraussetzungen sind nicht immer die Eingangsprobleme	97
I. Rechtsmittelklausur (Rechtsbehelfsklausur)	97
II. Versäumnisverfahren und Verfahren beim Vollstreckungsbescheid	98
III. Anspruchsänderung, Parteiänderung	99
IV. Rechtshängigkeitsprobleme	101

2. Unterkapitel. Die einzelnen Sachurteilsvoraussetzungen

§ 39. Die Sachurteilsvoraussetzungen der deutschen Gerichtsbarkeit und des ordentlichen Rechtswegs	101
I. Deutsche Gerichtsbarkeit: § 18 – § 20 GVG	102
II. Zulässigkeit des Zivilrechtsweges – § 13 GVG	102
§ 40. Parteibezogene Sachurteilsvoraussetzungen	104
I. Prüfungsprinzip und Aufbaugrundsatz: Trennung der Personen	104
II. Wer ist Partei?	105
III. Die Existenz der Parteien	105
IV. Parteifähigkeit: § 50 ZPO	106
V. Prozeßfähigkeit: §§ 51 ff. ZPO	107
VI. Handeln anderer Personen für die Partei – Postulationsfähigkeit	109
VII. Prozeßführungsbefugnis – Prozeßstandschaft – Partei kraft Amtes	110
VIII. Auslegung – Umdeutung – Heilung	114
§ 41. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen: Die Zuständigkeit	114
I. Trennungsprinzip. Arten der Zuständigkeit	115
II. Die sachliche Zuständigkeit: § 1 ZPO, §§ 23, 71 GVG	116

III. Örtliche Zuständigkeit: Der Gerichtsstand (§§ 12 ff. ZPO) ...	118
IV. Folgen der sachlichen oder örtlichen Unzuständigkeit	135
V. Die Prorogation (Zuständigkeitsvereinbarung): §§ 38–40 ZPO	135
VI. Die Verweisung: § 281, § 506 und §§ 696, 700 ZPO	138
VII. Funktionelle Zuständigkeit	138
VIII. Internationale Zuständigkeit – EuGVVO, EheGVO, Luga-no-Abkommen	139
IX. Einrede der Schiedsgerichtsbarkeit	140

§ 42. Streitgegenstandsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen	140
---	-----

§ 43. Sachurteilsvoraussetzungen für die besonderen Verfah-rensorten	141
--	-----

3. Unterkapitel. Arbeitstechnik

§ 44. Punktueller Methode?	141
----------------------------------	-----

§ 45. Die Reihenfolge der Prüfung der Sachurteilsvoraussetzun-gen – Zur „dramatischen“ Lösungsmethode	142
---	-----

§ 46. Kontrollfrage: möglichst geringe Präjudizierung	144
---	-----

§ 47. Prozeß- und zugleich Sachabweisung?	146
---	-----

§ 48. Dahinstellen von Sachurteilsvoraussetzungen?	146
--	-----

11. Kapitel. Prozeßhandlungen

§ 49. Prozeßhandlungen und Fallbearbeitung bei Prozeßhand-lungen	148
--	-----

§ 50. Grundsätze für die Fallbearbeitung bei Prozeßhandlungen	149
---	-----

I. Klarheit über die Prozeßhandlungen!	150
--	-----

II. Wichtig: Klare prozessuale Terminologie	150
---	-----

§ 51. Die Bedeutung der Prozeßhandlungen für den richtigen Aufbau der Lösung	155
--	-----

I. Hinweis 1: Ausgangspunkt jeder Fallbearbeitung ist die in der Klausur oder Hausarbeit gestellte Frage („Lösungsvermerk“, „Bearbeitervermerk“)	155
--	-----

II. Hinweis 2: Ein historischer Aufbau ist auch beim Prozeß-rechtsfall unzulässig	156
---	-----

III. Hinweis 3: Wenn sich aus dem Bearbeitervermerk nichts ande-res ergibt, muß man von den Anträgen der Parteien ausgehen ..	157
---	-----

IV. Hinweis 4: Oftmals ist nicht der Klageantrag entscheidend, sondern ein sonstiger Antrag der Parteien. Dann ist Ausgangspunkt der Bearbeitung dieser Antrag	157
V. Hinweis 5: Hilfsanträge (Eventualanträge) dürfen nur geprüft werden, wenn die Bedingung eingetreten ist. Prozeßhandlungen können aber nicht ohne weiteres bedingt werden	157

§ 52. Arten der Prozeßhandlungen	158
---	------------

12. Kapitel. Klageänderung

§ 53. Probleme bei der Bearbeitung der Klageänderung	160
I. Vor allem: Anpassen des Antrags an Änderungen im materiellen Recht	160
II. Klageänderung: Streitgegenstandsänderung – Anspruchsänderung	160
a) Erste Frage: Liegt eine Änderung des Streitgegenstands vor?	161
b) Zweite Frage: Welche Art der Änderung?	161
c) Dritte Frage: Liegt eine Änderung im Sinne von § 264 ZPO vor?	161
d) Hat der Beklagte ausdrücklich eingewilligt?	162
e) Fünfte Frage: Hat sich der Beklagte eingelassen (§ 267 ZPO)?	162
f) Sechste Frage: Ist die Klageänderung sachdienlich (§ 263 2. Alt. ZPO)?	162
g) Siebte Frage: Liegt in der Klageänderung eine Klagezurücknahme?	162

13. Kapitel. Prozeßaufrechnung

§ 54. Probleme bei der Prozeßaufrechnung	164
I. Die Vorrangprüfung des Bestehens der Klageforderung	164
II. Prozeßprobleme der Aufrechnung	165
1. Ziel der Aufrechnung – Abgrenzung zur Widerklage	165
2. Verfahren ohne Trennung	166
3. Trennung der Verhandlung	166
4. Eventualaufrechnung	167
5. Vollstreckungsabwehrklage (Vollstreckungsgegenklage)	168

14. Kapitel. Die Parteiänderung

§ 55. Die Motive zur Parteiänderung	169
§ 56. Die Probleme bei der Parteiänderung	169
I. Erste Frage: Parteiänderung oder Parteiberichtigung?	170
II. Zweite Frage: Parteistellung?	170
III. Dritte Frage: Parteiwechsel oder Parteibeitritt?	170

IV. Vierte Frage: Gesetzliche, gesetzlich geregelte oder gewillkürte Parteiänderung?	171
V. Fünfte Frage: Gewillkürte Parteiänderung?	171
Erste Faustregel: Die Zustimmung des (bisherigen) Klägers ist fast immer notwendig?	171
Zweite Faustregel: Die Zustimmung des Beklagten ist nicht immer erforderlich	172
Dritte Faustregel: In höherer Instanz müssen grundsätzlich alle Parteien zustimmen	173
Vierte Faustregel: Die bisherigen Prozeßergebnisse binden nicht ohne weiteres die neue Partei	173
Fünfte Faustregel: Kostenfrage nicht vergessen	174

15. Kapitel. Die Widerklage

§ 57. Die lückenhafte Regelung der Widerklage	175
§ 58. Typische Examensfehler bei der Widerklage	175
I. Erste Fehlergruppe: Klage und Widerklage werden nicht strikt getrennt	175
II. Zweite Fehlergruppe: Widerklage und Aufrechnung werden durcheinandergeworfen	176
III. Dritte Fehlergruppe: Die allgemeinen Sachurteilsvoraussetzungen der Widerklage werden nicht geprüft	176
IV. Vierte Fehlergruppe: Die sachliche Zuständigkeit wird falsch behandelt	177
V. Fünfte Fehlergruppe: Gerichtsstand und Konnexität der Widerklage werden nicht auseinandergehalten	177
1. Zum Gerichtsstand der Widerklage	178
2. Zur Konnexität	178
3. Die Klausurbearbeitung bei fehlender Konnexität aufgrund der herrschenden Meinung	178
4. Fehlende Konnexität in der Sicht der Mindermeinung	179
VI. Sechste Fehlergruppe: Die Sonderformen der Widerklage sind unbekannt	179
a) Zwischenfeststellungswiderklage	180
b) Inzidentanträge auf Schadensersatz	180
c) Wider-Widerklage	180
d) Eventualwiderklage (Hilfswiderklage)	180
e) Parteierweiternde Widerklage (Drittwwiderklage)	181

16. Kapitel. Beweisfragen

§ 59. Das Beweisrecht in der Fallbearbeitung	182
I. Prüfungsordnungen	182
II. Beweis und Verhandlungsgrundsatz	182

III. Beweis und Rechtsfolge	184
IV. Beweis und Behauptung	184
1. Behauptungslast (Beweisführungslast, Darlegungslast, subjektive Beweislast)	185
2. Belastete Partei	185
3. Verhandlungsgrundsatz	185
V. Beweis und Bestreiten, einfaches oder substantiiertes Bestreiten	186
VI. Beweismittel – Beweisarten	187

17. Kapitel. Versäumnisverfahren

§ 60. Säumnis des Klägers im Prozeß (§ 330 ZPO)	188
I. Antrag des Beklagten?	188
II. Säumnis?	189
III. Ordnungsgemäße Ladung?	189
IV. Einhaltung der Ladungsfrist?	189
V. Zulässigkeit der Klage	189
a) Erste Frage: Behebbarer Mangel?	189
b) Zweite Frage: Nichtbehebbarer Mangel?	190
VI. Keine Prüfung der „Begründetheit der Klage“ bei Klägersäumnis	191
§ 61. Säumnis des Beklagten im Prozeß (§ 331 ZPO)	192
I. Säumnis des Beklagten in einem Termin zur mündlichen Verhandlung	192
1. Antrag des Klägers	192
2. Säumnis des Beklagten	193
3. Ordnungsgemäße Ladung	193
4. Ladungsfrist	193
5. Einlassungsfrist	193
6. Zulässigkeit der Klage	194
a) Erste Frage: Behebbarer Mangel?	194
b) Zweite Frage: Nichtbehebbarer Mangel?	194
7. „Schlüssigkeit der Klage“ (§ 331 I, II ZPO)	195
a) Erster Problemkreis: Fehlende Schlüssigkeit der Klage (§ 331 II 2. Alt. ZPO)	195
b) Zweiter Problemkreis: Zweiter Problemkreis: Schlüssigkeit der Klage (§ 331 II 1. Alt. ZPO)	196
8. Ausschluß des Versäumnisurteils	197
II. Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils bei „Säumnis“ des Beklagten im schriftlichen Vorverfahren	198
III. Typische Fragen zur Schlüssigkeitsprüfung	199
1. Drei Fehlergruppen	199
2. Der Unterschied zwischen Einreden und Einwendungen	200

§ 62. Einspruch gegen das Versäumnisurteil (§§ 338 ff. ZPO)	201
---	-----

§ 63. „Technisch zweites“ Versäumnisurteil	201
--	-----

18. Kapitel. Beendigung des Rechtsstreits durch Parteiverhalten

§ 64. Klagezurücknahme (§ 269 ZPO)	205
--	-----

§ 65. Prozeßvergleich	205
-----------------------------	-----

I. Gerichtlicher oder außergerichtlicher Vergleich?	205
---	-----

II. Prozeßvergleich: „Zur Beilegung des Rechtsstreits“	207
--	-----

a) Erste Ausnahme: Die Vereinbarung erledigt den anhängigen Streit weder ganz noch teilweise	207
--	-----

b) Zweite Ausnahme: Die Vereinbarung zielt nicht auf eine unmittelbare Prozeßbeendigung	207
---	-----

III. Prozessuale Voraussetzungen des Prozeßvergleichs	208
---	-----

a) Erste Frage: Ist der Prozeßvergleich vor einem Gericht im Rahmen eines bei ihm anhängigen Verfahrens abgeschlossen worden?	208
---	-----

b) Zweite Frage: Ist der Prozeßvergleich ordnungsgemäß protokolliert worden?	208
--	-----

c) Dritte Frage: Dient der Prozeßvergleich der (wenigstens teilweisen) Beilegung des Rechtsstreits?	208
---	-----

d) Vierte Frage: Liegen die Prozeßhandlungsvoraussetzungen vor?	208
---	-----

e) Fünfte Frage: Liegt gegenseitiges Nachgeben vor?	209
---	-----

f) Sechste Frage: Ist der Vergleich form- und fristgerecht widerrufen worden?	209
---	-----

IV. Folgen des Fehlens der prozessualen Voraussetzungen des Prozeßvergleichs	209
--	-----

V. Die materiell-rechtliche Seite des Prozeßvergleichs	210
--	-----

§ 66. Beiderseitige Erledigungserklärung	211
--	-----

19. Kapitel. Beendigung des Rechtsstreits durch Gerichtsentscheidungen aufgrund von Beendigungsanträgen

§ 67. Beendigung aufgrund von Beendigungsanträgen	212
---	-----

I. Versäumnisurteile (§§ 330 ff. ZPO)	212
---	-----

II. Anerkenntnis- und Verzichtsurteile (§§ 306, 307 ZPO)	212
--	-----

III. Einseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache	213
---	-----

1. Keine Regelung im Gesetzestext	213
---	-----

2. Zweck	214
3. Prüfungsreihenfolge	214
§ 68. Sonstige Beendigung durch Gerichtsentscheidungen	215

20. Kapitel. Rechtskraft, Rechtsbehelfe

§ 69. Materielle Rechtskraft (§ 322, § 325 ZPO) und Rechtskraftdurchbrechung	216
I. Materielle Rechtskraft	216
II. Rechtskraftdurchbrechung	217
§ 70. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel; formelle Rechtskraft	218

3. Teil. Hinweise zur Bearbeitung der Hauptprobleme des Zwangsvollstreckungsrechts

1. Kapitel: Schwierigkeiten der Fallbearbeitung

§ 71. Besonderheiten der Fälle aus dem Zwangsvollstreckungsrecht	221
I. Die Vielzahl der Beteiligten	221
II. Die besondere Bedeutung des materiellen Rechts im Zwangsvollstreckungsfall	224
1. Der gemischte Fall steht im Vordergrund	224
2. Gesamthandsgemeinschaften	225
§ 72. Die „Unübersichtlichkeit“ des Zwangsvollstreckungsrechts	226
I. Die erste Frage: Liegen die Voraussetzungen für eine Zwangsvollstreckung vor?	227
II. Die zweite Frage: Weshalb wird vollstreckt?	227
III. Die dritte Frage: In welches Recht des Vollstreckungsschuldners soll durch welche Vollstreckungsmaßnahmen eingegriffen werden, und welches Vollstreckungsorgan ist für sie zuständig?	229
IV. Die vierte Frage: Welche Rechtsbehelfe gegen welche Maßnahmen können von welcher Person erhoben werden?	230

2. Kapitel: Arbeitshinweise

§ 73. Allgemeine Arbeitshinweise für den Vollstreckungsfall	231
I. Trennung nach Personen; Klarheit über die Parteien	231
II. Trennung der zu vollstreckenden Ansprüche	232

III. Unterscheiden der Beziehungen im Vollstreckungsverfahren, im Erkenntnisverfahren und nach materiellem Recht	232
IV. Lösungsskizze	233

3. Kapitel. Voraussetzungen und Arten der Zwangsvollstreckung

§ 74. Die allgemeinen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	236
I. Nicht nur gerichtliche Entscheidungen sind Titel	236
II. Die Vollstreckbarkeit setzt nicht immer die Rechtskraft voraus	236
III. Vollstreckungsklausel	236
IV. Zustellung	236
V. Heilungsfragen	237
§ 75. Die Arten der Zwangsvollstreckung	238

4. Kapitel. Die Bearbeitung der Vollstreckung nach dem Dritten Abschnitt des Achten Buches der ZPO: Herausgabe von Sachen und Erwirkungen von Handlungen oder Unterlassungen (Individualvollstreckung)

§ 76. Abgabe von Willenserklärungen	240
§ 77. Herausgabe einer bestimmten Sache	240
§ 78. Handlungen und Unterlassungen	241
I. Die Vollstreckung nach § 887 ZPO	243
II. Die Vollstreckung nach § 888 ZPO	244
III. Die Vollstreckung nach § 890 ZPO	245
§ 79. Verbindungslinien zwischen verschiedenen Vollstreckungsarten, insbesondere zwischen der Vollstreckung nach dem Dritten und nach dem Zweiten Abschnitt des Achten Buches der ZPO	246
I. Erste Fallgruppe: Mehrere Ansprüche – gleichzeitig verschiedene Vollstreckungsarten	246
II. Zweite Fallgruppe: Ineinandergreifen der Vollstreckungsverfahren – hintereinandergeschaltete verschiedene Vollstreckungsverfahren	246
1. Der Anspruch auf Eigentumsverschaffung	246
2. Vollstreckung bei Ermächtigung zur Ersatzvornahme	246
3. Herausgabevollstreckung in einen Herausgabeanspruch	247
4. Geldvollstreckung in einen Herausgabeanspruch	248

III. Dritte Fallgruppe: Analoge Anwendung von Vorschriften aus dem Zweiten Abschnitt	250
1. Analoge Anwendung des § 809 ZPO?	250
2. Analoge Anwendung des § 811 ZPO auf Herausgabeverlangen?	250
3. Nichtanwendung des § 811 ZPO bei Pfändung der eigenen Sache?	250

5. Kapitel. Die Bearbeitung der Vollstreckung nach dem Zweiten Abschnitt des Achten Buches der ZPO: „wegen Geldforderungen“

1. Unterkapitel. Allgemeine Fragestellungen

§ 80. Der Zweck der Vollstreckungsart „wegen Geldforderungen“	251
§ 81. Zugriff auf bewegliches oder unbewegliches Vermögen?	251
§ 82. Zugriff auf körperliche Sachen	253
I. Die Pfändung körperlicher Sachen	253
II. Die Verwertung körperlicher Sachen	255
§ 83. Zugriff auf Forderungen und andere Vermögensrechte	256
I. Der Umfang der unter §§ 828–863 ZPO fallenden Rechte	256
II. Die Pfändung von Forderungen und anderen Vermögensrechten	256
III. Die Verwertung gepfändeter Forderungen und anderer Vermögensrechte	258

2. Unterkapitel. Typische Fragestellungen und Schwierigkeiten bei der Vollstreckung wegen Geldforderungen

§ 84. Erster Problemkreis: Die Rechtszuständigkeit (vor allem die Eigentumsfrage)	259
§ 85. Zweiter Problemkreis: Die Pfändungspfandrechtstheorien	261
§ 86. Dritter Problemkreis: Anwartschaftsrecht	262
I. Klarheit über die schuld- und sachenrechtliche Lage	264
II. Der Unterschied zwischen Ratenkauf und fremdfinanziertem Kauf	264
1. Erster Typ: Ratenkauf	264
2. Unterfall des Ratenkaufes: Teilzahlungskauf	265
3. Zweiter Typ: Fremdfinanzierter Kauf	265
III. Die Pfändung des Anwartschaftsrechts	266

§ 87. Vierter Problemkreis: Die Pfändung der eigenen Sache des Vollstreckungsgläubigers	270
I. Ausgangslage	270
1. Stufe: Pfändung unter Belassung der Sache	271
2. Stufe: Pfändung unter Wegnahme der Sache	272
3. Stufe: Versteigerung der Sache	272
II. Sonderprobleme	272
1. § 811 I ZPO bei Pfändung der eigenen Sache?	272
2. § 503 II 4 BGB bei Eigentumsverzicht des Vorbehaltseigentümers (Teilzahlungsverkäufers)?	273
3. § 503 II 4 BGB bei Herausgabevollstreckung?	273
§ 88. Fünfter Problemkreis: Das Treuhandverhältnis (insbesondere das Sicherungseigentum) in der Zwangsvollstreckung	274
I. Erster Falltyp: Uneigennützige Treuhand (Verwaltungstreuhand)	275
II. Zweiter Falltyp: Eigennützige Treuhand (Sicherungstreuhand)	276
III. Der Rückübertragungsanspruch als Pfändungsobjekt	277
1. Der Zugriff bei Bestehen eines Anwartschaftsrechts	277
2. Der Zugriff bei Fehlen eines Anwartschaftsrechts	278
a) Der Sicherungsnehmer hat den Gewahrsam	278
b) Der Sicherungsgeber hat den Gewahrsam behalten	279

6. Kapitel. Die Rechtsbehelfe im Vollstreckungsfall

§ 89. Die Bedeutung der Rechtsbehelfe	281
§ 90. Die einzelnen Rechtsbehelfe	281
I. Erste Fallgruppe: Fehlen der Vollstreckungsvoraussetzungen: § 766 I ZPO	282
II. Zweite Fallgruppe: Beseitigung der Vollstreckungsvoraussetzungen	283
1. Unterfall: Angriff gegen die Klausel (§ 732 ZPO)	284
2. Unterfall: Angriff gegen den Titel	284
a) Verfahrensziel: Beseitigung des noch nicht rechtskräftigen Titels durch Anhörungsrüge, Einspruch oder Rechtsmittel	284
b) Verfahrensziel: Beseitigung eines rechtskräftigen Titels (§ 578, § 233 ZPO)	285
c) Verfahrensziel: Änderung des Wiederkehrtitels für die Zukunft (§ 323 ZPO)	285
d) Verfahrensziel: Beseitigung der Vollstreckbarkeit eines Titels (§ 767 ZPO)	286

III. Dritte Fallgruppe: Angriff gegen einzelne Vollstreckungsmaßnahmen	286
1. Unterfall: Vollstreckungsrechtliche Unzulässigkeit	286
2. Unterfall: Materiell-rechtliche Einwendungen	287
IV. Vierte Fallgruppe: Rechtsbehelfe zur Herbeiführung der Vollstreckungsvoraussetzungen und einzelner Vollstreckungsmaßnahmen	288
1. Unterfall: Rechtsbehelfe zur Herbeiführung der Vollstreckungsvoraussetzungen	288
2. Unterfall: Rechtsbehelfe zur Herbeiführung von Einzelmaßnahmen	288
§ 91. Allgemeine Ratschläge zur Behandlung der einzelnen Rechtsbehelfe	288
§ 92. Die Arbeitstechnik bei Rechtsbehelfsfällen aus dem Vollstreckungsrecht	289
I. Schwierigkeiten bei der Richterklatur	289
II. Schwierigkeiten bei der Anwaltsklatur	293
1. Erste Regel: Auch naheliegende Rechtsbehelfe, die nicht erfolgversprechend sind, müssen bei einer Anwaltsklatur erörtert werden	294
a) Vier Faustregeln	295
b) Das Arbeitsprinzip: „wo kein Kläger, da kein Richter“	296
c) Die kontrastierende Arbeitsmethode	297
2. Zweite Regel: Der Aufbau folgt möglichst der „dramatischen Methode“	298
§ 93. Typische Fehler bei Rechtsbehelfsfragen	299
I. Erster Fehler: Übersehen der Besonderheiten des Vollstreckungsrechts	300
a) Beispiel: Übersehen des § 767 ZPO	300
b) Beispiel: Übersehen des § 805 ZPO	301
II. Zweiter Fehler: Übersehen anderer als vollstreckungsrechtlicher Rechtsbehelfe – Beispiel zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	302
Sachverzeichnis	305